

RATHAUS LEUK-STADT

Rede vor der Burgerschaft Leuk, 26. November 2017, 15.00 Uhr

Herr Bürgermeister

Herr Gemeindepräsident

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist für mich als Nichtleuker, als einer der aus der einstigen Filiale-Vorstadt Agarn stammt, eine Ehre, vor Ihnen in diesem altherwürdigen, geschichtlich wichtigen Saale sprechen zu dürfen: Das umso mehr, als ich zwar immer mein Stimmrecht ausübe, aber in keiner politischen Partei eingeschrieben bin. Ich möchte mich beim Burgerrat, insbesondere bei Ihrem Bürgerpräsidenten Adalbert Grand, für diese Einladung herzlich bedanken.

Der Auftrag, hier zu sprechen, gab mir Gelegenheit, die Lage der Oberwalliser Burgerschaften einmal etwas genauer anzuschauen und die Werte zu überlegen, die uns im Oberwallis wichtig sind, die auch unsere Burgerschaften und Sie alle vertreten und hochhalten. Andererseits habe ich auch die Gefahren überlegt, denen die Burgerschaften und wir alle ausgesetzt sind. Meine Überlegungen zum heutigen, für mich so ausserordentlichen Tag habe ich aber in Schriftdeutsch gefasst.

Was ich sagen möchte habe ich in zwei Abschnitte geteilt.

- A. In eine allgemeine Betrachtung des Umfeldes, in dem unsere althergebrachten Burgerschaften als rechtliche Bürgergemeinden heute tätig sind.
- B. In die Folgerungen, die sich aus dieser Betrachtung ergeben.

A. ANALYSE

Im ersten Abschnitt betätige ich mich also ganz im Sinne des in der Börsenberichterstattung immer wieder genannten „Analysten“, der versucht, die Wirklichkeit zu erfassen. Diese Analyse zeigt mir als Erstes in unserer Gesellschaft:

1. Weitgehende Geringschätzung der Geschichte und damit der traditionellen Wurzeln.

Das Fach Geschichte ist aus den Programmen der Grundschulen weitgehend verschwunden. Man erzählt den Kindern zwar, dass es einst Pfahlbauer, dann etwa Römer, schliesslich Ritter und Indianer gegeben habe. Eine wenn auch nur kurze zusammenhängende Gesamtübersicht über die Geschichte fehlt aber völlig. Man hat dieses Fach, für das es auch keine eigenen Noten mehr gibt, in ein sehr dunstiges Fach „Mensch und Umwelt“ verpackt, das je nach der Qualifikation der Lehrperson mehr oder weniger Früchte bringt. Was der Lehrplan 21 hier an geschichtlichen „Kompetenzen“ zutage fördern wird, ist sehr unbestimmt und soll nach Staatsrat Darbellay erst noch näher definiert werden.

Weiteres Beispiel für die Hintanstellung unserer Geschichte im Bewusstsein unseres Volkes ist die seit 1932 erscheinende Kulturschrift „Walliser Jahrbuch“, deren 87. Jahrgang ich soeben bearbeitet habe. Es ist nun der 16. Band, den ich redigieren durfte. Das „Walliser Jahrbuch“ bietet in einem ersten redaktionellen Teil Einblicke in Kalendarium und Kulturgeschichte vor allem des Oberwallis, im statistischen zweiten

Teil auch Chronik, Sportchronik, ein Oberwalliser Bücherverzeichnis, Angaben zu Wappen, als einzige dauerhafte Druckschrift gegenüber der schnell veraltenden Zeitung ein Gedenken an Verstorbene, Informationen zu den Amtsstellen in Kirche und Staat, zu den Grossratsbeschlüssen und zu den Resultaten in Abstimmungen Wahlen usw.

Konkurrenz entstand dem Jahrbuch natürlich durch das Internet, durch die Änderungen und die Abnahme der allgemeinen Lese- und Geschichtsfreudigkeit sowie durch die Veränderungen der landwirtschaftlichen Technik, die sich nicht mehr um astronomische Termine für das Baumschneiden, das Säen, die Holzarbeit usw. kümmert. Insgesamt stellt das Jahrbuch eine seit nun bald 100 Jahren laufende wichtige Datenbank zur Walliser Geschichte, vor allem der Oberwalliser Kultur, dar. Diese grosse Datensammlung, über die es einen eigenen Registerband und eine Internetseite gibt, kämpft heute um ihr Überleben. Während sie früher in 5000 Exemplaren erschien, beträgt die Auflage jetzt noch 2500. Wir versuchen, dieses Jahrbuch, das mit 160 Seiten und vielen Abbildungen zu einem tragbaren Abonnementspreis von 18 Franken angeboten wird, zu halten und auch Firmen, Institutionen usw. als Neujahrsgeschenk für das Personal zu empfehlen. Leider ist seine Lage aber sehr prekär, obwohl die Autoren für ihre Arbeiten nur eine bescheidene, ja symbolische Entschädigung erhalten. Das Jahrbuch, zu dessen Gründern und erstem Vorstand 1932 auch Staatsrat Dr. Raymond Loretan aus Leuk gehörte, verdient unsere Unterstützung, weil es in seiner chronistischen und kulturellen Struktur jeweils verdichtet und in einer guten Übersicht ein Oberwalliser Jahr in einer sehr flüchtigen Zeit festhält.

Das Empfinden für Geschichte, und damit für Traditionen, hat leider im Rahmen unserer Sport-, Spiel- und Spassgesellschaft -- einer sogenannten „Drei S-Gesellschaft“ -- wenig Platz. Wir vergessen unsere Wurzeln. Geschichte wird höchstens dann bemüht, wenn irgendeinem Finanzmanager, einem Politiker oder Priester übles Verhalten nachgewiesen werden muss. Dann wird wochenlang in den Medien gedrescht, was diese „schwarzen Schafe“ gebosget hätten. Geradezu „mediale Hochämter“ wurden etwa abgehalten, als es galt, unseren Bundesräten und Behörden, die während des letzten Weltkrieges alles für die Versorgung und zum Schutze der Bevölkerung taten, mehr als zweifelhafte, ja verbrecherische Arbeit vorzuwerfen. Ich erinnere hier an die Bergier-Berichte seligen Andenkens. Darin verurteilt eine zumeist linke Historiker-Gilde die Kriegsgeneration und ihre Entscheidungen. Diese Historiker, deren Auffassungen von Arroganz und Unkenntnis der wahren Zustände starren, mussten nicht - wie wir damals -- nachts verdunkeln, hatte keine Rationierungskarten wie wir und hörte nicht die alliierten Bomber nach Italien dröhnen, sodass bei uns die Fensterscheiben klirrten. Geschichte und geschichtliches Denken werden durch systematische Verdrehungen à la Bergier usw. in zunehmender Weise vor allem für die Jugend verwässert und kaum mehr greifbar. Um bei der Walliser Geschichtsschreibung zu bleiben: Man kann die Walliser, die in der Schlacht bei Pfyn durch die Franzosen umgebracht wurden, wegen Strategiefehlern heute sicher kritisieren, aber nicht belächeln. Man vergisst dabei aber, dass sie sich schlicht gegen das Niederbrennen ihrer Dörfer, die Vergewaltigung ihrer Frauen und die vollständige Beraubung wehrten...

2. Ökonomisierung aller Bereiche

Wir leben in einer Welt der Milliardensummen. Die FIFA, die UBS und die Staaten in aller Welt schieben Milliarden herum, Fussballspieler kosten Millionen. Dabei fällt es uns schon schwer, überhaupt die Grösse einer Milliarde zu erfassen. Die

Gesellschaft ist aber bereit, für Sport beliebige Summen auszugeben. Andererseits wachsen die Schulden der Staaten über alle Masse. Auch die Forderungen an den Staat steigen dauernd. Und ein Finanzminister, der einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorlegt, wird kritisiert. Die Initiativen nach der Formel „Wollt Ihr mehr Geld?“ häufen sich. Das Geld ist Richtschnur für alles geworden. Alles richtet sich nach finanziellen und ökonomischen Gesichtspunkten, nach Rentabilität, Effizienz und finanziellem Erfolg.

Die Ökonomisierung aller Bereiche unseres Lebens hat bereits auch in den Schulprogrammen Einzug gehalten. Die Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, die im Staat verbindlich vorschreibende Firma, will nun gerade wieder mehr Wirtschaftsinformatik in die Programme einführen; all dies immer zu Lasten der geistesgeschichtlichen, allgemein wissenschaftlichen und musischen Fächer. Auf der Gymnasialebene, die ich nach 33 Jahren Unterricht besonders kenne, wurden seinerzeit die alten Sprachen unterdrückt, weil sie nach Meinung von Grüntisch-Tätern des Bildungswesens ökonomisch „nichts bringen“ würden. Tatsache aber ist, dass sie Grundlagen für fast alle europäisch wichtigen Sprachen bieten und einige Tausend Jahre europäischer Kultur erschliessen. Ferner ist, wie ich kürzlich in meiner Kolumne im Walliser Boten darlegte, bewiesen worden, dass gerade Maturanden in alten Sprachen an der ETH in Zürich im ersten Vordiplom am besten abschneiden. Sie sind dank ihrem breiten und logisch strikten, an alten Sprachen geübten Denken in der Lage, zu Studienbeginn fehlende spezielle Kenntnisse in den Mathematik-Fächern MINT auszugleichen – eine erstaunliche Tatsache! Das sogenannte „Kompetenzprogramm“ des Lehrplans 21 unserer Bildungstheoretiker in Bern verwechselt leider Bildung mit Ausbildung, eine Maturaprüfung mit ihren vertieften und vielseitigen Anforderungen mit einer Auto- Fahrprüfung-Prüfung... Leider!

Die Ökonomisierung unserer Gesellschaft äussert sich auch in der Beurteilung, die der von Thomas Burgener redigierte Bericht R 21 einer Ausserparlamentarischen Kommission zu den Burgerschaften im Wallis vorlegt. Der Bericht erwähnt in den Artikeln 80 und 81 vor allem rein ökonomische Zusammenhänge. Wörtlich: „In der Kommission R21 ist die Möglichkeit zur Sprache gekommen, die Burgerschaften als Gemeinden abzuschaffen und sie zu Vereinigungen oder Stiftungen umzuwandeln, denen ihr Vermögen und die Verantwortung für ihre Verwaltung übertragen wird. Die defizitären Burgergemeinden würden mit einem solchen Schritt allerdings nicht wirklich besser dastehen. Mit einer solchen Lösung könnten nicht überlebensfähige Einheiten nämlich überhaupt nicht gerettet werden und das geschäftsführende Organ würde sich damit nicht besser organisieren“.

Ende Zitat. Es sind nach diesem Bericht also offenbar vor allem ökonomische Argumente, die nach Auffassung der Kommission R21 zur Abschaffung der Burgergemeinden usw. drängen. Von kulturellen Aufgaben in Traditionen, Gemeinde und Bezirk, die die Burgerschaften wesentlich mittragen, ist darin keine Rede. Natürlich geht es überall in der Welt, auch bei der Burgerschaft, darum, die wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, zu sichern und zu erhalten. Schon die Lateiner sagten ja, dass zuerst gelebt werden muss bevor das Philosophieren beginnen kann. Bemühend ist aber doch, dass die Ausserparlamentarische Kommission Burgener kaum an die Bereiche Kultur, Tradition, Dorfgemeinschaft vieler Burgergemeinden erinnert und mit rein auf Ökonomie verkürztem Denken deren Aufhebung erörtert.

3. Zentralismus – verirrte Staatsfreudigkeit

Als drittem Gesichtspunkt wende ich mich der Staatsfreudigkeit zu, die die Lösung aller Aufgaben dem Zentralstaat zuschiebt. Dieser Hang zum Zentralismus zeigt sich heute einmal auf europäischer Ebene. Brüssel will wirtschaftlich, zunehmend auch politisch alles regieren. Diese Regelung reiche, wie sich jemand ausdrückte, von der Vorschrift über die Krümmung einer Banane bis zum Preis von Kälbern in Norddeutschland und zum Preis der Atomenergie. Dass Europa in Sachen Wirtschaft, in Fragen der Verteidigung usw. den Rahmen zur Zusammenarbeit und damit zur Friedensförderung schaffen sollte, ist allerdings unbestritten. Hier gibt es wirklich gemeinsame europäische Interessen. Brüssel hat aber noch nicht begriffen, dass es nach dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben gibt, die die einzelnen Staaten besser und schneller eigenständig lösen können, als der europäische zentrale Super-Staat. Zu diesen Bereichen gehören unter anderem auch wieder die so verschiedenen und reichen europäischen, durch eigene Sprachen charakterisierten Kulturen. Der überbordende wirtschaftliche Zentralismus Brüssels hat denn auch in einigen Staaten, z.B. etwa in Österreich, in Frankreich usw., starke Widerstände erzeugt – und erzeugt sie, wie wir alle wissen, auch in der „nicht europäischen“ Schweiz.

Zentralismus macht sich auch wieder in dem mir nahestehenden Bereich der Schule und Erziehung breit. Ich hatte bereits mehrmals Gelegenheit, die zentralistischen Diktate der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK mit ihren Projekten „Harmos“ und dem „Lehrplan 21“ anzuprangern und möchte deshalb nicht mehr allzu sehr darauf eingehen. Diese Diktate prasseln allerdings in einer sehr bedenklichen Kadenz auf uns ein. Die Folgen der einen Schulreform werden nicht wirklich festgestellt, sondern bereits durch die nächste Schulreform zugedeckt. Der Witz an diesen vielen Projekten ist, dass sie von Politikern beschlossen wurden, die von Schule wenig bis nichts verstanden und die Meinungen der Fachverbände in den Wind schlugen. Es sind dies die gleichen Politiker, die unnötigerweise die von der Deutschen Kultusministerkonferenz beschlossene Einführung einer neuen Rechtschreibung in der Schweiz als verbindlich erklärten und so das heute in der Rechtschreibung herrschende Chaos mitverursachten.

Auch im Wallis herrscht reger Zentralismus, nämlich die Tendenz, alles von Sitten aus regeln zu wollen. Dies ist nicht zuletzt auch auf die im dortigen Parlament herrschende französischsprachige Mehrheit zurückzuführen. Eidgenössische Abstimmungen zeigen immer wieder, dass die Bevölkerung der Westschweiz, und auch unsere welschen Landleute, zentralistischen Modellen eher zustimmt als jene der Deutschschweiz. Man denke in diesem Zusammenhang etwa an die Abstimmungsergebnisse über eine Einheitskrankenkasse, der die Romandie mehrheitlich zustimmte. Man geht nicht fehl, wenn man diese Neigung unserer welschen Landleute zum Zentralstaat als typisch „französisch“ mit dem in Frankreich gepflegten Zentralstaat in Verbindung bringt, der ja alles nach Paris ausrichtet, alle Weisungen aus Paris bezieht usw.

Im Wallis hat sich zentralistisches Denken, wie schon bereits erwähnt, namentlich auch in der wahltechnischen Abschaffung der Bezirke und deren Ersatz durch weiter gehende Zentralstaatlichkeit geäußert. Das heute rund 26 Prozent der Bevölkerung aufweisende Oberwallis hätte in einem solchen Staat noch bedeutend weniger zu sagen, als heute. Typischer Zentralismus war natürlich auch die Verschiebung der Bürgerrechtserteilung von den Burgerschaften zu den Einwohnergemeinden am 1.

Januar 2008. Die Burgerschaften konnten seinerzeit dieser neuen zentralstaatlichen Regelung zustimmen, weil die Einwohnergemeinden kommunale Bürgerrechte, aber keine Bürgerrechte verleihen. Die Verleihung der Bürgerrechte unterliegt glücklicherweise weiterhin ganz bestimmten Regeln, die Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, als betroffenem Gremium nicht näher zu erläutern sind.

Zentralistisches Denken ist auch Pate der Gemeindefusionen, die der Staat eifrig mit Geldbeiträgen fördert. Wirtschaftlich und verwaltungstechnisch bringen, wie verschiedene Beispiele zeigen, Fusionen wirkliche Einsparungen. Wir sollten aber strikte darüber wachen, dass der Gemeinschaftssinn, der in vielen Vereinen und anderen Gemeinschaften der fusionswilligen Gemeinden besteht, auch nach der Fusion keinen Schaden leidet und einem weitgehenden Desinteresse weicht.

B. FOLGERUNGEN

Nach all diesen Überlegungen stelle ich mir im zweiten Abschnitt meiner Überlegungen die Frage, was nun aus Oberwalliser Sicht -- und auch aus Sicht der Bürgergemeinden -- sinnvoll zu tun sei.

* Mir scheint, dass wir zunächst und weiterhin die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen der deutschsprachigen Minderheit im Kanton mit aller Kraft verteidigen müssen. Damit rufe ich nicht zum forschen Kampf mit der französischsprachigen Mehrheit auf. Es wird in dieser Interessensvertretung vielmehr darum gehen, mit dem vernünftigen Teil der französischsprachigen Mehrheit Lösungen zu suchen. Bis heute konnten mit ihr einigermaßen friedliche Lösungen gefunden werden. Man möchte hoffen, dass dies auch in Zukunft gelingt. Die Burgerschaften als Gemeinden ruhen auf jahrhundealten Traditionen gerade der deutschsprachigen Bevölkerung im Lande. Solche alten und im Volk fest verankerten Strukturen sind auch die Bezirke mit ihren Präfekten-Ämtern.

Wir sollten übrigens alles tun, um das gegenseitige Verständnis der beiden Landeskulturen zu fördern. Im Bereich Sprache ist, wenn auch kleine Verbesserungen feststellbar sind, noch sehr viel Arbeit zu leisten. Schüleraustausch zeigt hier in die richtige Richtung. Im Sprachgebrauch herrscht aber schlimme Asymmetrie: Oberwalliser müssen Französisch reden, wenn sie in staatlichen Kommissionen usw. verstanden werden wollen. Unterwalliser tun sich nach wie vor sehr schwer mit dem Deutschen. Wenn diese heutige Asymmetrie im Sprachgebrauch weichen soll, muss im Unterwallis der Wille, wirklich Deutsch zu lernen, noch bedeutend wachsen.

* Es gilt, die solidarische Struktur Burgerschaft, die eine neben der Munizipalität bestehende, rechtlich eigenständige Gemeinde ist, zu erhalten. Wir müssen für ihren Weiterbestand alles in unseren Kräften Liegende tun. Die Arbeit in diesem Sinne sollte in zwei Richtungen geschehen: in der materiellen und verwaltungsmässigen Sicherung der Burgerschaften und durch gezielte Arbeit in der Pflege jener sozialen und kulturellen Werte, die die Burgerschaft und die Gesellschaft überhaupt solidarisch zusammenhalten.

--- Wie der Bericht der vorgenannten Ausserparlamentarischen Kommission APK zeigt, wirft man erstens gewissen Burgerschaften vor, sie seien nicht in der Lage, ihre Besitztümer und Werte zu verwalten -- dies natürlich nicht der Burgerschaft Leuk! Die APK-Bemerkungen sind aber doch ein Appell an die Verantwortlichen gewisser Burgerschaften, für Remedur zu sorgen. Mit gutem Willen und Engagement ist zugunsten der materiellen Sicherung schwächerer Burgerschaften sicher noch Vieles möglich. Eine wirkungsvolle Verwaltung könnte dann die erwähnten APK-Vorwürfe entkräften. Und nicht in jedem Falle wäre das einzige Rezept der APK - Kommission R21 -- nämlich die Fusion mit anderen Burgerschaften – der einzig gangbare Weg. Selbstverständlich wäre es auch angebracht, dass Burgerschaften, denen es gut geht, jenen, die Probleme haben, allenfalls hilfreich beistehen. Dies wäre eine Solidarität, die die Burgerschaften nicht nur gegenüber der Gesellschaft nach aussen, sondern auch untereinander leisten könnten.

--- Über die materielle Sicherung der Burgerschaft hinaus wäre es meines Erachtens aber zweitens ebenso wichtig, gerade die Burgerschaft durch interessante Versammlungen, durch Mitteilungen in den Medien, durch Engagement in Projekten der Gemeinden usw. der Öffentlichkeit bewusster und dadurch wertvoller zu machen. Insgesamt wird durch viele Burgergemeinden – auch durch die Ihre -- ausgezeichnete und verdankenswerte kulturelle und solidarische Arbeit geleistet. Es ist z.B. angenehm, zu vernehmen, dass die Burgerschaften nicht nur ihre Wälder und Güter pflegen, sondern auch Liegenschaften restaurieren und gar wirtschaftlich interessant nutzen, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten kulturelle Projekte der Ortsvereine und der Munizipalgemeinde unterstützen und so die Berechtigung ihres Daseins durch Tun nachweisen und ihren Platz in der Gemeinschaft festigen --- wie das Ihre wunderbar funktionierende Burgerschaft Leuk sehr erfolgreich tat und tut. Ich denke im Sinne eines strahlenden Beispiels etwa an Ihre prächtige Restaurierung der Ringackerkapelle.

-- Nach all dem Gesagten muss ich Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, nicht mehr aufzeigen, dass ich es als einen grossen und wenig bedachten Frevel betrachte, wenn man im Wallis die Burgerschaften, die Bezirke und das Amt des Präfekten aufheben würde. Man will dies, wie man hört, aus wirtschaftlichen und dann auch aus politischen Gründen tun. Unser Staat würde durch einen solchen Kahlschlag noch farbloser und abstrakter, als er schon ist. Das rein zentralistisch-ökonomisierte Spardenken der „Bezirksauflöser“ lässt die kulturelle, während Jahrhunderten gewachsene Bedeutung des Zugehörigkeitsgefühls der Bevölkerung zu einem Bezirk völlig ausser Acht. Dies ist sträflich. In der Erhaltung dieses „Bezirksgefühls“ und in der Lösung der zumeist nur örtlich überschaubaren und verstehbaren Probleme liegt nämlich auch die Hauptaufgabe des Präfekten-Amtes, das in unserem wachsenden Zentralstaat Wallis unter allen Umständen zu erhalten ist – auch wenn nun gerade ein „schwarzes Präfektenshaf“ für Unsinn und Unmut gesorgt hat. Den politischen, auf Wahltaktik zielenden „Bezirksauflösern“ ist leider die hergebrachte, 1000 Jahre alte, auf Traditionen bauende Struktur unserer Bezirke vollkommen belanglos. Sehr schade!

Schliesslich müssen wir, sehr geehrte Damen und Herren, feststellen, dass diesen Zentralisten auch die Burgerschaften und deren lange und interessante Traditionen als vollkommen vernachlässigbar erscheinen. Dies fordert heraus. Eine Reaktion der

Burgerschaften müsste hier sein, das Gefühl der Bürger, „dazuzugehören“ zu stärken, dies besonders bei den Jungbürgern, die in der Burgerschaft Heimat erkennen müssten. Die Burgerschaft ist über ihre wirtschaftliche Struktur hinaus ein Symbol für Geborgenheit, Verwurzelung und solidarische Gemeinschaft. Wir müssen sie fördern und pflegen – wie dies hier die heutige schöne und auf grosser Tradition ruhende Versammlung tut.

Mit diesen gezwungenermassen unvollständigen Bemerkungen und Überlegungen möchte ich schliessen. Ich wünsche den Burgerschaften, natürlich besonders Ihrer erfolgreichen und zu recht stolzen Burgesia Leucensis, weiterhin die Kraft, auch in einem sich geschichtslos gebärdenden, auf weitgehendes Gelddenken beschränkten, sich in einem zentralistischen Drei S – Umfeld bewegendem Land zu bestehen, weiterhin Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden und auch der Jugend Heimat und Zuflucht zu sein.

Ich danke Ihnen.

26.11.2017 / ag.